



PRESSEMITTEILUNG

Schwerin, 2. März 2022

Solidarität mit der Ukraine

Landesbeauftragte Anne Drescher verurteilt russischen Angriffskrieg und warnt vor Geschichtsvergessenheit

Der russische Angriff auf die Ukraine wird von der Landesbeauftragten für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Anne Drescher scharf verurteilt:

„Unsere Solidarität gilt der Ukraine und der russischen Zivilgesellschaft, die sich gegen Putins Krieg auflehnt. Putin begründet seine Aggression mit Geschichtsfälschungen. Bereits seit Jahren ist eine offizielle russische Geschichtspolitik zu beobachten, welche die kommunistischen Verbrechen aus den Geschichtsbüchern und dem Bewusstsein der Menschen zu tilgen versucht“, sagte Anne Drescher.

„Erst kürzlich wurde die russische Menschenrechtsorganisation Memorial verboten, die sich um die Aufarbeitung der kommunistischen Repression in der Sowjetunion und um das Gedenken an deren Opfer verdient gemacht hat. Millionen Menschen sind dem stalinistischen Terror zum Opfer gefallen: Sie wurden unter Folter zu Geständnissen angeblicher Verbrechen gezwungen, in Schauprozessen verurteilt und dann erschossen oder zu langen Haftstrafen im Arbeitslager, dem Gulag, verurteilt. Viele kamen aufgrund der unmenschlichen Bedingungen in den Lagern ums Leben. In der Ukraine unvergessen ist die von der sowjetischen Führung verantwortete Hungersnot in den 1930er Jahren. Millionen Ukrainer starben den Hungertod im Holodomor, der als Völkermord einzustufen ist. Informationen darüber werden den Menschen in Russland vorenthalten.

Ohne gesicherte historische Fakten sind wir manipulierbar und können uns kein eigenes Urteil bilden. Zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie gehört auch die Kenntnis der Geschichte. Seit 2014 führt Putin Krieg gegen die Ukraine. Seit 2015 beteiligt sich Putin an der Seite des Diktators Assad an dem Krieg gegen das syrische Volk mit furchtbaren Opfern unter der Zivilbevölkerung. Angriffskriege führte die angeblich so friedliebende Sowjetunion 1939 und 1940 im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts gegen Polen und das Baltikum, 1939/40 gegen Finnland oder 1979 bis 1989 in Afghanistan. Durch sowjetische Truppen wurden am 17. Juni 1953 der Volksaufstand in der DDR niedergeschlagen ebenso wie 1956 der ungarische Volksaufstand oder 1968 der Prager Frühling.

Nicht relativiert und vergessen werden dürfen dabei die Verbrechen des Naziregimes und die vielen Opfer der Menschen der damaligen Sowjetunion im Kampf gegen Hitlerdeutschland.

Für die Zivilbevölkerung ist der Krieg eine Katastrophe. Keine der angeblichen Ziele Putins können einen Krieg rechtfertigen und dass Menschenleben dafür geopfert werden.“